Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3469**
15. Wahlperiode 30. 06. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (19. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Brunhilde Irber, Annette Faße, Renate Gradistanac, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Albert Schmidt (Ingolstadt), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/2667–

Tourismus in, an und auf dem Wasser – Naturverträglichen Wassertourismus in Deutschland ausbauen und fördern

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, Edeltraut Töpfer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/933 –

Wassertourismus in Deutschland entwickeln und stärken

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Angelika Brunkhorst, Hans-Michael Goldmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1595 –

Rahmenbedingungen, Infrastruktur und Marketing für Wassertourismus in Deutschland verbessern

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Antragsteller verfolgen das Ziel, einen naturverträglichen Wassertourismus in Deutschland auszubauen und zu fördern. In ihrer Agenda fordern die Antragsteller die Bundesregierung unter anderem auf, auch weiterhin mit geeigneten Maßnahmen zur weiteren nachhaltigen Erschließung der wassertouristischen Potenziale in Deutschland beizutragen. Weiter soll bei den Tourismusmarketing-

organisationen und der Tourismuswirtschaft angeregt werden, die wassertouristischen Angebote mit landseitigen Angeboten zu kombinieren. Gegenüber den Bundesländern soll angeregt werden, einheitliche wasserseitige touristische Hinweisschilder zu erstellen. Schon angewandte europaweite Beschilderungen seien hierbei zu übernehmen bzw. zu integrieren. Die Erstellung eines zentralen Informationsportals für den Wassertourismus sei zu fördern. Diese Informationsplattform solle einen Wasserwanderplan, insbesondere für muskelbetriebene Boote, beinhalten. Darüber hinaus sei zu prüfen, ob noch weitere Wasserreviere in Einklang mit Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs und dem Naturschutz in die neue Charterscheinregelung aufgenommen werden können. Schließlich sei durch die Vernetzung der touristischen Wassergebiete die Attraktivität des Urlaubs auf dem Wasser in Deutschland zu erhöhen. Dabei solle die Revitalisierung von nicht mehr genutzten Wasserstraßen unter Beachtung der Natur- und Umweltschutzbelange geprüft werden.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller wollen den Wassertourismus in Deutschland entwickeln und stärken. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Ländern und Verbänden den Wassertourismus und den Wassersport zu fördern und geeignete Konzeptionen, wie z. B. einen bundesweiten Wasserwanderwegeplan, übergreifende Marketingstrategien und Koordinationsgremien zu entwickeln und über das Veranlasste umgehend zu berichten. Daneben soll die Bundesregierung auf eine Vereinheitlichung bzw. Vereinfachung der Befahrensregelung auf den Gewässern in ganz Deutschland hinwirken und die Verknüpfung von Wassersport mit den Angeboten für touristische Aktivitäten an Land unterstützen. Das Themenjahr der Deutschen Zentrale für Tourismus 2004 „Faszination Wasser – Meere, Flüsse und Seen in Deutschland“ sei besonders zu fördern. Ebenso seien die Belange der Wassersport treibenden Sportverbände zu fördern und deren Anliegen bei Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes angemessen zu berücksichtigen.

Zu Nummer 3

Den Antragstellern geht es darum, Rahmenbedingungen, Infrastruktur und Marketing für den Wassertourismus in Deutschland zu verbessern. Dazu wird die Bundesregierung aufgefordert, durch den Abbau der gesetzlichen Bestimmungen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wassersportreviere zu erhöhen. Der Charterschein für das Führen eines Charterbootes sei zeitlich über das Jahr 2004 hinaus unbefristet zu verlängern und auf weitere Charterreviere auszudehnen. Zudem seien die gesetzlichen Vorschriften für den Wassersport in Deutschland und Europa einheitlich und einfacher zu fassen. Schließlich müsse die Infrastruktur entlang der Wasserstraßen ausgebaut, ein einheitliches Wasser- Informations- und Leitsystem entwickelt sowie das Marketing der Tourismus- und Wirtschaftsverbände gebündelt werden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/2667 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/933 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1595 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 15/2667 mit folgender Maßgabe, im Übrigen unverändert anzunehmen:

   „Im Teil III wird die Nummer 10 gestrichen.“;

2. den Antrag auf Drucksache 15/933 abzulehnen;

3. den Antrag auf Drucksache 15/1595 abzulehnen.

Berlin, den 16. Juni 2004

Der Ausschuss für Tourismus

Ernst Hinsken	**Annette Faße**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Annette Faße

I. Überweisung

1. Zum Antrag auf Drucksache 15/2667

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/2667 in seiner 105. Sitzung am 29. April 2004 beraten und an den Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung und an den Sportausschuss, Haushaltsauschuss, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 15/933

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/933 in seiner 48. Sitzung am 5. Juni 2003 beraten und an den Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung und an den Sportausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Mitberatung überwiesen.

3. Zum Antrag auf Drucksache 15/1595

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/1595 in seiner 69. Sitzung am 23. Oktober 2003 beraten und an den Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung und an den Sportausschuss, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Zum Antrag auf Drucksache 15/2667

Der **Sportausschuss** hat in seiner 36. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 51. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner 49. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 41. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 15/933

Der **Sportausschuss** hat in seiner 36. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 61. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner 49. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Zum Antrag auf Drucksache 15/1595

Der **Sportausschuss** hat in seiner 36. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner 49. Sitzung am 16. Juni 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 25. Sitzung am 12. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 43. Sitzung am 16. Juni 2004 den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 15/2667 – mit den Stimmen Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/933 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1595 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass alle drei Anträge auf der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit geförderten „Grundlagenuntersuchung Wassertourismus in Deutschland“ basieren. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei der jüngste und umfangreichste Antrag. Er beinhalte zum Teil auch Forderungen, die die anderen Fraktionen in ihren Anträgen gestellt hätten. In anderen Punkten unterscheide man sich aber auch wieder sehr wesentlich. So

könne die Bundesregierung zum Beispiel, wie von der Fraktion der CDU/CSU gewünscht, die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) nicht auffordern, ein bestimmtes Themenjahr besonders zu fördern. Die DZT sei in ihrer Marketingstrategie unabhängig. Bei dem Antrag der Fraktion der FDP sei beispielsweise die Forderung bezüglich des Angelsports abzulehnen, da hierfür die Bundesländer und nicht die Bundesregierung zuständig sei.

Aus dem eigenen Antrag solle jedoch eine Forderung gestrichen werden, und zwar der Prüfauftrag bezüglich der Einführung einer nutzergerechten Jahresvignette für Sport- und Freizeitboote. Die Prüfung, die sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene bereits weit fortgeschritten sei, zeige, dass die Einführung, Umsetzung und Kontrolle der Gebührenerhebung zu einem unvertretbaren Verwaltungsaufwand führen würde. Zwar sei es zweifelsfrei richtig, die Besitzer von Sport- und Freizeitbooten an der Finanzierung des Unterhaltes der Wasserstraßen zu beteiligen, allerdings sei die Umsetzung über die Einführung einer Vignette nicht mit dem Ziel vereinbar, Bürokratie abzubauen. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten daher den Antrag, im Teil III der Drucksache 15/2667 die Nummer 10 ersatzlos zu streichen.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU angenommen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** brachte ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass der Prüfauftrag für die Einführung einer Jahresvignette für Sport- und Freizeitboote gestrichen worden sei. Eine solche Vignette hätte nicht nur ein erhebliches Maß an Bürokratie bedeutet, sondern die erwarteten Einnahmen hätten in keinem Verhältnis zu den verursachten Kosten gestanden. Die Koalition fordere mit ihrem Antrag, dass das zu errichtende zentrale Informationsportal für den Wassertourismus auch der Vermarktung der unter bestimmten Qualitätskriterien ausgewählten naturverträglichen Tourismusangebote dienen solle. An welche Qualitätskriterien gedacht sei, gehe aus dem Antrag aber nicht hervor. Weiter werde die Einsetzung eines koordinierenden Gremiums gefordert, das die Entwicklung des Wassertourismus und seine Auswirkungen auf Natur und Landschaft beobachte und in etwaige Konfliktlösungen eingebunden sei. Hier werde die Schaffung einer Institution angeregt, die noch nicht einmal in Umrissen beschrieben sei. Neue Gremien bedeuteten zwangsläufig auch ein Mehr an Bürokratie. Da die Fraktion der CDU/CSU zwar mit der grundsätzlichen Zielrichtung des Antrags übereinstimme, die vorgenannten Forderungen jedoch zu unbestimmt und nicht überschaubar seien, müsse man sich bei der Abstimmung enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass der Wassersport als einer der Natur ganz besonders verbundenen Sportarten den Naturschutz in angemessener Weise berücksichtigen müsse. Dieser Gesichtspunkt sei in beiden Anträgen der Opposition, aber noch ausgeprägter in dem Antrag der Fraktion der FDP, nicht ausreichend beachtet. Der Antrag der Fraktion der FDP gehe davon aus, dass bei der Abwägung bislang immer Naturschutzbelange berücksichtigt worden wären und dass es zu einem Ausgleich zwischen beiden Bereichen kommen müsse. Hierbei werde jedoch übersehen, dass Naturschutz im Regelungsbereich der Länder liege, und dass im Bundesnaturschutz längst die Möglichkeit eines Ausgleiches zwischen Naturschutz und gerade Natursportarten gegeben sei. Die beiden Anträge der Oppositionsfraktionen seien daher abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte ebenfalls, dass die Koalition ihre Pläne zur Einführung einer Bootsvignette begraben habe. Was das Nebeneinander von Naturschutz und Tourismus angehe, so sei durch die Neufassung des Bundesnaturgesetzes in der 14. Wahlperiode das gleichberechtigte Nebeneinander beider Interessen zu Gunsten des Naturschutzes zurück gedrängt worden. Obwohl der Antrag der Koalitionsfraktionen dieser Denkungsart verhaftet sei, beinhalte er aber auch Forderungen zur Stärkung des Wassertourismus, die die Fraktion der FDP mittragen könne. Insoweit sei Stimmenthaltung angebracht.

Die im eigenen Antrag enthaltene Forderung zur Lockerung der strikten Beschränkungen beim Angelsport für Touristen würde modifiziert. Der 3. Punkt des Forderungskataloges sei zu streichen und durch folgenden Text zu ersetzen:

Ausländische Gäste, die sich in ihrem Heimatland als Angler qualifiziert haben, müssen in Deutschland unbürokratisch eine Angelkarte erwerben können.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 16. Juni 2004

Annette Faße
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333